



An die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
per Mail

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 140
10963 Berlin
jusos@spd.de
Fon +49(0)30 / 25991366
Fax +49(0)30 / 25991415

Berlin, 09. Juni 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit Entsetzen haben wir zur Kenntnis genommen, dass gestern Abend und heute Vormittag sehr plötzlich und ohne Not eine Einigung mit der Union bezüglich der Reform des Bundespolizeigesetzes und des Verfassungsschutzrechts zustande gekommen ist.

Dies beinhaltet ausweislich der bisherigen Berichterstattung die massive Ausweitung staatlicher Überwachungsmöglichkeiten auch im Vorfeld von Strafverfolgung. So soll wohl die Möglichkeit geschaffen werden, dass nunmehr auch unterhalb der Schwelle eines konkreten Tatverdachts die „Quellen TKÜplus“ und der Staatstrojaner durch Bundespolizei und Geheimdienste eingesetzt werden kann.

Diese Einigung lehnen wir ab. Wir fordern euch auf, sie morgen bei der Abstimmung zu stoppen.

Zum einen ist dies Reform politisch falsch: so ist das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bezüglich der „Quellen TKÜplus“ im Rahmen der Strafprozessordnung noch nicht einmal abgeschlossen und die SPD-Bundestagsfraktion läuft Gefahr, verfassungswidriges Recht mitzutragen. Darüber hinaus ist auch nicht ersichtlich, aus welchen Gründen ein so weitreichender Eingriff in die Freiheit der Menschen in Deutschland notwendig sein soll.

Wir möchten euch erinnern, dass insbesondere die Arbeit der Verfassungsschutzämter in den letzten Jahren vor allem durch Skandale geprägt war. Diesen Behörden mehr Möglichkeiten einzuräumen ist nicht klug.

Darüber hinaus erschließt sich uns nicht, warum man sich in dieser politischen Phase kurz vor Ende der Legislatur noch auf einen Kompromiss mit der Unionsfraktion einlassen soll, der unserer Partei massiven Schaden und den Verlust von Glaubwürdigkeit bei Bürgerrechtler*innen, Journalist*innen und Netzaktivist*innen zufügt. Während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Einführung von Kinderrechten im Grundgesetz, ebenso wie die Streichung die Streichung des Begriffs „Rasse“ aus Art. 3 GG oder die Einführung eines sinnvollen Demokratiefördergesetzes sowie die Reform des Transsexuellengesetzes blockiert und uns qua Koalitionsfrieden dafür in mit in Haftung nimmt.

Angesichts dieser – noch nicht mal vollständigen – Liste ist nicht zu erkennen, warum wir diese fatale Einigung mittragen sollten. Eher im Gegenteil: wir möchten einmal daran erinnern, wie sehr die SPD gerade bei jungen und linken Wähler*innen Vertrauen verloren hat, in



dem die Chance die Reform der Urheberrechtsrichtlinie zu stoppen, nicht genutzt wurde. Für uns steht fest, dass sich die Union vollkommen destruktiv in der momentanen Zusammenarbeit verhält. Das sollten wir klarmachen und daher selbst Grenzen aufzeigen, die bei dieser Reform definitiv überschritten sind.

Besonders in den Landesverbänden und Bezirken ist es unsere Aufgabe im kommenden Wahlkampf jungen Menschen, die sich eine linke Gesellschaft und eine bessere Zukunft wünschen, die Politik der SPD zu erklären und für diese zu werben. Mit der Zustimmung zu dieser Reform würde die Bundestagsfraktion jedoch jene Grenze überschreiten, nach der dies schlechthin nicht mehr möglich wäre. Wir schreiben euch, um eine solche für die gesamte Partei fatale Situation zu verhindern.

Wir sind in den letzten Monaten zusammen mit der Parteispitze, der Bundestagsfraktion und unserem Spitzenkandidaten solidarisch in den Wahlkampf ausgezogen. An dieser Stelle liegt es nun bei euch, diesen gemeinsamen Weg nicht zu verlassen.

Wir fordern euch auf, dieser Reform nicht zuzustimmen.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Jessica Rosenthal, Juso-Bundesvorsitzende

Julie Rothe, Juso-Bundesgeschäftsführerin

Antonia Hemberger, stellv. Bundesvorsitzende

Matthias Glomb, stellv. Bundesvorsitzender

Almut Großmann, stellv. Bundesvorsitzende

Manon Luther, stellv. Bundesvorsitzende

Seppi Parzinger, stellv. Bundesvorsitzender

Anna Rasehorn, stellv. Bundesvorsitzende

Hanna Reichhardt, stellv. Bundesvorsitzende

Stephan Schumann, stellv. Bundesvorsitzende

Ferike Thom, stellv. Bundesvorsitzende

Philipp Türmer, stellv. Bundesvorsitzender

Michelle Rauschkolb, Yes Vice-President

Lasse Rebbin, koop. Mitglied im Juso-Bundesvorstand

Michelle Reißmann, koop. Mitglied im Juso-Bundesvorstand

Patricia Seelig, koop. Mitglied im Juso-Bundesvorstand

Mia Thiel, IUSY Vice-President

Benjamin Weiss, koop. Mitglied im Juso-Bundesvorstand, Juso-HSGen

